

Kommunale Arbeitsgemeinschaft „Der Teltow“			
<input type="radio"/> Beschlussvorlage	<input type="radio"/> Antrag	<input type="radio"/> öffentlich	<input type="radio"/> nichtöffentlich
Datum: 21.04.2009		Einreicher: Vertreter der BfB Stahnsdorf, der BiK Kleinmachnow, der FDP Kleinmachnow, der BIT Teltow, der FDP Teltow	
Entgegennahme SVV-Büro Teltow: 21.04.2009		DS-Nr.: 003/2009	
Verfahrensvermerk:			
<input type="radio"/> Genehmigung	<input type="radio"/> Anzeige	<input type="radio"/> Ankündigung	<input type="radio"/> Veröffentlichung <input type="radio"/> Bekanntmachung <input type="radio"/> Auslage
Beratungsfolge	Empfehlung DS-Nr.	Sitzung	
		geplant	Endtermin
KAT	003/2009	06.05.2009	
Unterstützung der Erarbeitung eines ÖPNV-Konzeptes für die Region Teltow, Kleinmachnow, Stahnsdorf (T-K-S)			
Die KAT möge beschließen:			
„Die KAT beschließt die Einrichtung einer Arbeitsgruppe Regionaler ÖPNV. Diese soll Empfehlungen für das dringend erforderliche Gesamtkonzept für den Öffentlichen Personennahverkehr in der Region Teltow-Kleinmachnow-Stahnsdorf (T-K-S) erarbeiten und geben.“			
Michael Grunwaldt, B f B. (GV Stahnsdorf)	Gerold Maelzer, BfB (GV Stahnsdorf)	Karin Staake BfB (GV Stahnsdorf)	
Anne von Törne BiK (GV Kleinmachnow)	Dr. Kornelia Kimpfel FDP (GV Kleinmachnow)		
Dr. Carola Fanter Vertreter BIT (SVV Teltow)	Hans Peter Goetz Vertreter FDP (SVV Teltow)		

Anlage:

Zur gemeinsame Beschluss-Empfehlung der Vertreter von
B.I.T. (SVV Teltow),
FDP (GV Kleinmachnow und SSV Teltow)
BiK (GV Kleinmachnow),
Bürger für Bürger (GV Stahnsdorf) und des
Stahnsdorfer Bürgermeisters an die KAT zu ihrer Sitzung am 06.05.2009

Kurztitel: Unterstützung der Erarbeitung eines ÖPNV-Konzeptes für die Region T-K-S

1. Die Verwaltungen der drei Kommunen T-K-S mögen unter Federführung der geschäftsführenden Kommune der KAT – Stadt Teltow - unverzüglich auf die Kreisverwaltung Potsdam-Mittelmark und die in der Region unter Regie des Verkehrsverbundes Berlin -Brandenburg (VBB) aktiv tätigen Busverkehrsgesellschaften (Havelbus GmbH Potsdam - HVG, Berliner Verkehrsbetriebe - BVG, Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming - VTF, Verkehr in Potsdam - ViP) zugehen und ihren Einfluss dahingehend geltend machen, dass spätestens bis Ende 2010 ein tragfähiges Konzept für den „übrigen Öffentlichen Personennahverkehr“ (üÖPNV – entspricht im Wesentlichen dem Busverkehr) erarbeitet wird. Dabei sind unbedingt folgende Prämissen zu berücksichtigen:
 - a) Das Konzept soll die optimalen Anbindungen an die Oberzentren Berlin-Zehlendorf/Steglitz und Potsdam, das Mittelzentrum Ludwigsfelde, den künftigen Flughafen BBI und die für das Mittelzentrum Teltow wichtigen Umlandgemeinden Großbeeren und Nuthetal enthalten.
 - b) Die Anbindung an das nähere und fernere Umland (überregionales Konzept) und die Aufgabenteilung zur Erschließung der Region (regionales Konzept) sowie die jeweilige innerörtliche Region (lokales Konzept einer jeden Kommune) sind dabei separat zu betrachten.
 - c) Als Datenbasis sind insbesondere aktuelle Pendlerstatistiken, Fahrgastanalysen des VBB, der Verkehrsbetriebe und der Lokalen Agenden sowie das gegenwärtige Schüleraufkommen und die Ergebnisse des „Systems repräsentativer Verkehrsbefragungen (SrV) für die Metropole Berlin und ihr Umland“, für das im Jahr 2008 entsprechende Daten durch die TU Dresden erfasst wurden und die im Sommer 2009 aufbereitet zur Verfügung stehen werden, heranzuziehen.

2. In der üÖPNV-Konzeption, die als qualifizierte Übergangslösung die Erweiterung durch die schienengebundene Erschließung der Region T-K-S einschließen sollte, sind deshalb folgende mittel- bis langfristigen Optionen des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) mit Schaffung neuer Umsteigerelationen in Gestalt der folgenden 3-stufigen Prioritätenfolge zu berücksichtigen:
 - a) Verlängerung der S-Bahnlinie S1 von S Wannsee bis zum ehemaligen Bahnhof S Stahnsdorf-Friedhof (neuer Umsteigeknoten zum üÖPNV) über den Haltepunkt S Europark / Dreilinden (neuer Umsteigeknoten zum üÖPNV),
 - b) Verlängerung der S-Bahnlinie S25 von S Teltow-Stadt bis S Stahnsdorf-Greenpark (neuer Umsteigeknoten zum üÖPNV),
 - c) Option S-Bahn-Ringschluss zwischen S Stahnsdorf-Greenpark und S Stahnsdorf mit weiterem Haltepunkt S Stahnsdorf Süd (neuer Umsteigeknoten zum üÖPNV).

3. Die Verwaltungen der drei Kommunen T-K-S mögen sich beim Land Brandenburg als Aufgabenträger für den SPNV bis 07/2009 für die Aufwertung des Regionalbahnhofes Teltow durch baldige Einführung des ursprünglich geplanten 30-Minuten-Taktes (Halt RE4 **und** RE5) einsetzen.
Dies ist im Hinblick auf die künftige gemeinsame Anbindung des Berliner Südwestens (Berlin-Zehlendorf/Steglitz) und der Region T-K-S an den Flughafen Berlin-Brandenburg International (BBI) über den Flughafen-Shuttle, der bis zur Fertigstellung der Dresdener Bahn über die Anhalter Bahn verkehren wird, von grundsätzlicher Bedeutung.
Für die Zeit nach Fertigstellung der Dresdener Bahn sind alternative SPNV-Lösungen für die Anbindung der Region an den BBI zu finden.
4. Die Verwaltungen der drei Kommunen T-K-S mögen prüfen, welche finanziellen Mittel für die Verbesserung und Optimierung des bestehenden und in der Folge für den neu geordneten üÖPNV der gesamten Region zusätzlich bereitgestellt werden können, um langfristig gegenüber der bisherigen Grundversorgung gemeinsam mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark (PM) ein attraktives Angebot vorzuhalten.
5. Die kommunalen Vertretungen der drei Kommunen T-K-S mögen beim Land Brandenburg als Aufgabenträger für den SPNV bis Ende 2009 die Finanzierung einer Nutzen-Kosten-Untersuchung (NKU) für die unter Punkt 2 genannten drei Phasen des Lückenschlusses zwischen Teltow und Wannsee im Sinne der Ziffer 5.2.4 des Landesnahverkehrsplanes SPNV Brandenburg 2008-2012 (LNVP, Seite 82) einfordern.
Da die Finanzierung des SPNV in der Zuständigkeit des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung (MIR) sowie des Bundes liegt, mögen die drei Kommunen ferner beschließen, die geschäftsführende Kommune damit zu beauftragen, unverzüglich Verhandlungen zur Klärung der Finanzierung der NKU mit dem MIR aufzunehmen.
Sollte sich das MIR nicht in der Lage sehen, die NKU noch im Jahr 2009 zu beauftragen oder für 2010 im Haushaltsplan vorzusehen, ist durch die Verwaltungen der Kommunen T-K-S bis zur Sitzung im Monat 12/2009 ein gemeinsamer Finanzplan für die Nutzen-Kosten-Untersuchungen durch Finanzierung aus dem Budget der KAT vorzulegen.
6. Die Verwaltungen der drei Kommunen T-K-S mögen alle erforderlichen Schritte einleiten, um das Konzept mit der KAT und den Vertretungen der Kommunen bis 10/2009 bereits so weit abzustimmen, dass möglichst noch zum Fahrplanwechsel 12/2009 erste Verbesserungen im regionalen üÖPNV realisierbar sind.
7. Die kommunalen Vertretungen der drei Kommunen T-K-S mögen durch Beschluss sicherstellen, dass
 - a) die für die Bahnprojekte erforderlichen Flächen planungsrechtlich (Verkehrsentwicklungs-, Flächennutzungs- und Bauleitplanung) abgesichert werden und
 - b) die Möglichkeiten der Bereitstellung von Finanzmitteln für die Verbesserung des üÖPNV für die Haushaltspläne 2010 bereits in den Haushaltsberatungen 2009 geprüft werden.